

GEMEINDE GIPF-OBERFRICK



**REGLEMENT ÜBER DIE
FINANZIERUNG
VON
ERSCHLIESSUNGSANLAGEN**

Beschluss Gemeindeversammlung Juni 2005
mit Anpassungen Stand 5. Januar 2015

INHALTSVERZEICHNIS

1	ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN	1
	§ 1	1
	Zweck, Geltungsbereich	1
	§ 2	1
	Allgemeines	1
	§ 3	1
	Finanzierung der Erschliessungsanlagen	1
	§ 4	1
	Mehrwertsteuer	1
	Gebührenanpassung	2
	§ 5	2
	Verjährung	2
	§ 6	2
	Zahlungspflichtige	2
	§ 7	2
	Verzug, Rückerstattung	2
	§ 8	2
	Härtefälle, besondere Verhältnisse, Zahlungserleichterungen	2
2	ERSCHLIESSUNGSBEITRÄGE ALLGEMEIN	3
2.1	Kosten	3
	§ 9	3
	Form	3
	§ 10	3
	Kosten	3
2.2	Beitragsplan	3
	§ 11	3
	Beitragsplan	3
	§ 12	4
	Anlagen mit Mischfunktion	4
	§ 13	4
	Auflage und Mitteilung	4
	§ 14	4
	Vollstreckung	4
	§ 15	4
	Bauabrechnung	4
	§ 16	4
	Beitragspflicht	4
	§ 17	4
	Fälligkeit	4
2.3	Öffentlich-rechtlicher Vertrag	5
	§ 18	5
	Öffentlich-rechtlicher Vertrag	5

3	STRASSEN	5
3.1	Erschliessungsbeiträge	5
§ 19		5
Kostenanteil		5
4	WASSERVERSORGUNG	5
4.1	Erschliessungsbeiträge	5
§ 20		5
Kostenanteil		5
4.2	Anschlussgebühr	6
§ 21		6
Bemessung		6
§ 22		6
Ersatz- und Umbauten, Zweckänderungen		6
§ 23		7
Zahlungspflicht		7
§ 24		7
Sicherstellung		7
§ 25		7
Erhebung		7
4.3	Benützungsg Gebühr (Wasserzins)	7
§ 26		7
Grundsatz		7
§ 27		7
Bemessung		7
§ 28		8
Grundgebühr		8
§ 29		8
Verbrauchsgebühr		8
§ 30		8
Sonderfälle		8
§ 31		8
Beitrag an Hydranten		8
§ 32		8
Zahlungspflicht		8
§ 33		8
Erhebung		8
5	ABWASSERBESEITIGUNG	9
5.1	Erschliessungsbeiträge	9
§ 34		9
Kostenanteil		9
5.2	Anschlussgebühr	9
§ 35		9
Bemessung		9
§ 36		10
Ersatz- und Umbauten, Zweckänderungen		10

§ 37	10
Zahlungspflicht	10
§ 38	10
Sicherstellung	10
§ 39	10
Erhebung	10
5.3 Benützungsgebühr	11
§ 40	11
Grundsatz	11
§ 41	11
Bemessung	11
§ 42	11
Grundgebühr	11
§ 43	11
Verbrauchsgebühr	11
§ 44	12
Zahlungspflicht	12
§ 45	12
Erhebung	12
6 RECHTSSCHUTZ UND VOLLZUG	12
§ 46	12
Rechtsschutz, Vollstreckung	12
7 SCHLUSS- UND ÜBERGANGSBESTIMMUNGEN	12
§ 47	12
Inkrafttreten	12
§ 48	13
Übergangsbestimmungen	13
ANHANG 1	14
FINANZIERUNG VON STRASSEN- UND WEGANLAGEN	14
Basiserschliessung Kostenanteil (§ 19)	14
Groberschliessung Kostenanteil (§ 19)	14
Feinerschliessung Kostenanteil (§ 19)	14
ANHANG 2	15
FINANZIERUNG VON ANLAGEN DER WASSERVERSORGUNG	15
Erschliessungsbeiträge	15
Grob-, Feinerschliessung; Kostenanteil (§ 20)	15
Anschlussgebühren	15
Anschlussgebühr; Bemessung (§ 21)	15
Benützungsgebühren	16
Benützungsgebühr; Grundgebühr (§ 28)	16
Benützungsgebühr; Verbrauchsgebühr (§ 29)	16
Benützungsgebühr; Sonderfälle (§ 30)	16
Benützungsgebühr; Beitrag an Hydranten (§ 31)	16

ANHANG 3	17
FINANZIERUNG VON ANLAGEN DER ABWASSERBESEITIGUNG	17
Erschliessungsbeiträge	17
Grob-, Feinerschliessung; Kostenanteil (§ 34)	17
Sanierungsleitungen Kostenanteil (§ 34)	17
Anschlussgebühren	18
Anschlussgebühr; Bemessung (§ 35)	18
Benützungsgebühren	19
Benützungsggebühr, Grundgebühr (§ 42)	19
Benützungsggebühr, Verbrauchsgebühr (§ 43)	19

Die Einwohnergemeinde Gipf-Oberfrick, gestützt auf § 34 Abs. 3 des Gesetzes über Raumplanung, Umweltschutz und Bauwesen (Baugesetz, BauG) vom 19. Januar 1993

beschliesst:

1 ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

§ 1

*Zweck,
Geltungsbereich*

Dieses Reglement regelt die Verlegung der Kosten für Strassen und kommunale Anlagen der Versorgung mit Wasser sowie der Abwasserbeseitigung auf die Grundeigentümer.

§ 2

Allgemeines

In diesem Reglement verwendete Personenbezeichnungen beziehen sich auf beide Geschlechter.

§ 3

*Finanzierung der
Erschliessungs-
anlagen*

¹ An die Kosten für Erstellung und Änderung von kommunalen Strassen und für Erstellung, Änderung, Erneuerung und Betrieb der kommunalen Anlagen der Versorgung mit Wasser sowie der Abwasserbeseitigung erhebt der Gemeinderat von den Grundeigentümern:

- a) Erschliessungsbeiträge;
- b) Anschlussgebühren;
- c) jährliche Benützungsgebühren, bestehend aus Grundgebühr und Verbrauchsgebühr.

² Die einmaligen und wiederkehrenden Abgaben dürfen den Gesamtaufwand für Erstellung, Änderung, Erneuerung und Betrieb der öffentlichen Anlagen sowie die Verzinsung der Schulden nach Abzug der Leistungen von Bund und Kanton nicht übersteigen.

§ 4

Mehrwertsteuer

¹ Alle festgelegten Abgabentarife verstehen sich ohne Mehrwertsteuerzuschlag. Die von der Gemeinde für ihre Leistungen zu bringende eidgenössische Mehrwertsteuer wird den Abgabepflichtigen zusätzlich zu den Abgaben auferlegt. Sie wird separat ausgewiesen und ist mit der Abgaben- bzw. Gebührenverfügung zur Zahlung fällig.

*Gebühren-
anpassung*

² Die in Franken festgelegten Gebühren basieren auf dem Landesindex der Konsumentenpreise, Stand Oktober 2005. Sie können vom Gemeinderat jeweils auf den 1. Januar an den neuen Indexstand angepasst werden, sofern sich der Index (Basis Mai 2000 = 100) um mehr als 5 Punkte verändert.

§ 5

Verjährung

¹ Bezüglich der Verjährung gilt § 78a des Verwaltungsrechtspflegegesetzes (VRPG).

² Die Verjährungsfrist von fünf Jahren für periodisch zu erbringende Leistungen beginnt nach Abschluss des Rechnungsjahres.

§ 6

Zahlungspflichtige

Zur Bezahlung der Abgaben sind diejenigen Personen verpflichtet, denen im Zeitpunkt des Eintritts der Zahlungspflicht laut Grundbuch das Eigentum zusteht.

§ 7

*Verzug,
Rückerstattung*

¹ Für Abgaben, die bis zum Verfalltag nicht bezahlt sind, wird ohne Mahnung ein Verzugszins berechnet. Es gilt derselbe Verzugszinsatz wie bei den Staats- und Gemeindesteuern für natürliche Personen.

² Soweit geleistete Abgaben zurückerstattet werden müssen, sind sie zum gleichen Ansatz zu verzinsen.

§ 8

*Härtefälle, besondere
Verhältnisse,
Zahlungserleichterungen*

¹ Der Gemeinderat ist berechtigt, in offensichtlichen Härtefällen oder wo die Anwendung dieses Reglements unangemessen wäre, die Abgaben ausnahmsweise anzupassen.

² Er kann Zahlungserleichterungen gewähren.

³ Baubeiträge für die dem bauerlichen Bodenrecht unterstehenden unüberbaute Grundstückteile in Bauzonen werden gestundet (§ 35 Abs. 4 BauG).

2 ERSCHLIESSUNGSBEITRÄGE ALLGEMEIN

2.1 Kosten

§ 9

Form

Die Finanzierung der Erschliessungsanlagen wird mittels

- a) Beitragsplan;
- b) Einzelverfügung oder
- c) öffentlich-rechtlichem Vertrag

gemäss § 35 Abs. 1 und § 37 Abs. 3 des Baugesetzes (BauG) geregelt.

§ 10

Kosten

Als Kosten der Erstellung, Änderung und Erneuerung gelten namentlich:

- a) die Planungs-, Projektierungs- und Bauleitungskosten;
- b) die Landerwerbskosten und die Kosten für den Erwerb anderer Rechte;
- c) die Bau- und Einrichtungskosten sowie die Kosten für Anpassungsarbeiten;
- d) die Entschädigung von Ertragsausfällen;
- e) die Kosten der Vermessung und Vermarkung;
- f) die Finanzierungskosten;
- g) die Verwaltungskosten.

2.2 Beitragsplan

§ 11

Beitragsplan

Der Beitragsplan enthält:

- a) den Voranschlag über die Erstellungskosten;
- b) den Kostenanteil des Gemeinwesens;
- c) den Plan über die Grundstücke bzw. Grundstücksflächen, für die Beiträge zu erbringen sind (Perimeterplan);
- d) die Grundsätze der Verteilung;

- e) das Verzeichnis aller zu Beitragsleistungen herangezogenen Grundeigentümer mit Angabe der von ihnen geforderten Beiträge (Kostenverteiler);
- f) die Bestimmung der Fälligkeit der Beiträge;
- g) eine Rechtsmittelbelehrung.

§ 12

Anlagen mit Mischfunktion

Dienen Anlagen gleichzeitig der Grob- und der Feinerschliessung, so sind die Kostenanteile nach dem Verhältnis der Erschliessungsfunktion zu bemessen.

§ 13

Auflage und Mitteilung

¹ Auf Ort und Zeitpunkt der öffentlichen Auflage des Beitragsplanes ist vorgängig im amtlichen Publikationsorgan der Gemeinde hinzuweisen.

² Den Beitragspflichtigen ist die Auflage zusammen mit dem auf sie entfallenden Beitrag (inkl. Fälligkeit und Rechtsmittelbelehrung) durch eingeschriebenen Brief anzuzeigen.

§ 14

Vollstreckung

Ist der Beitrag in Rechtskraft erwachsen, ist er einem vollstreckbaren gerichtlichen Urteil gleichgestellt.

§ 15

Baubrechnung

Die Bauabrechnung ist bei Überschreitung des Gemeindeversammlungskredites von mehr als 10 % (exkl. teuerungsbedingten Mehrkosten) während 30 Tagen öffentlich aufzulegen und kann innert der Auflagefrist angefochten werden. Für das Verfahren gilt § 35 Abs. 2 des Baugesetzes (BauG).

§ 16

Beitragspflicht

Die Beitragspflicht entsteht mit Beginn der öffentlichen Auflage des Beitragsplanes.

§ 17

Fälligkeit

¹ Grundsätzlich wird die Fälligkeit im Beitragsplan bestimmt. Dieser kann, entsprechend dem Fortgang der Arbeiten, Teilzahlungen vorsehen.

² Erschliessungsbeiträge werden frühestens mit Baubeginn der Anlage fällig, für welche sie erhoben werden.

³ Die Beiträge sind auch dann fällig, wenn gegen den Beitragsplan Einsprache bzw. Beschwerde geführt wird.

2.3 Öffentlich-rechtlicher Vertrag

§ 18

Öffentlich-rechtlicher Vertrag

Nebst einem Beitragsplan können Erschliessungsbeiträge im Einverständnis sämtlicher Grundeigentümer auch durch einen öffentlich-rechtlichen Vertrag mit dem Gemeinderat geregelt werden.

3 STRASSEN

3.1 Erschliessungsbeiträge

§ 19

Kostenanteil

¹ Die Grundeigentümer leisten nach Massgabe der ihnen erwachsenden wirtschaftlichen Sondervorteile Beiträge an die Kosten der Erstellung und Änderung von Strassen und Wegen.

*Grundeigentümern von Parzellen mit bestehenden Gebäuden erwachsen durch die Änderung von Gemeindestrasse keine wirtschaftlichen Sondervorteile.**

² Die Verteilung der Kosten kann aus dem Anhang 1 (Kostenanteil von Strassen- und Wegenanlagen) entnommen werden.

4 WASSERVERSORGUNG

4.1 Erschliessungsbeiträge

§ 20

Kostenanteil

¹ Die Grundeigentümer leisten nach Massgabe der ihnen erwachsenden wirtschaftlichen Sondervorteile Beiträge an die Kosten der Erstellung und Änderung von Anlagen der Wasserversorgung.

² Die Verteilung der Kosten kann aus dem Anhang 2 (Kostenanteil von Anlagen der Wasserversorgung) entnommen werden.

* *Ergänzung (Satz kursiv) gemäss Beschluss Gemeindeversammlung vom 5. Juni 2005*

4.2 Anschlussgebühr

§ 21

Bemessung

¹ Für den Anschluss an die Wasserversorgung erhebt die Gemeinde eine Anschlussgebühr pro m² anrechenbare Bruttogeschossfläche bzw. Betriebsbruttofläche der angeschlossenen Baute, welche dem Anhang 2 (Gebührentarif Wasserversorgung) entnommen werden kann.

² Die anrechenbare Bruttogeschossfläche wird nach den Bestimmungen des § 9 der allgemeinen Verordnung zum Baugesetz (A-BauV) für die Berechnung der Ausnützungsziffer ermittelt. Die anrechenbare Betriebsbruttofläche ist die Summe aller im Gebäudeinnern liegenden Arbeits-, Lager- und Verkehrsflächen einschliesslich aller Nebenräume unter Einschluss der Mauer- und Wandquerschnitte.

³ Für Bauten mit gemischter Nutzung (z.B. Wohnen / Gewerbe oder Wohnen / Landwirtschaft) sind die Flächen der Nutzungsarten auszuscheiden, wobei die für die jeweilige Nutzungsart geltende Gebühr zu entrichten ist.

⁴ Für Schwimmbäder wird die Anschlussgebühr gemäss Anhang 2 (Gebührentarif Wasserversorgung) erhoben.

⁵ In Fällen, wo die Berechnung nach der anrechenbaren Bruttogeschossfläche bzw. Betriebsbruttofläche die besonderen Verhältnisse zu wenig berücksichtigt (z.B. Fabriken, Gewerbebauten, Lagerbauten mit geringem Wasserverbrauch), ist der Gemeinderat berechtigt, die Abgaben situationsgerecht festzusetzen.

§ 22

Ersatz- und Umbauten, Zweckänderungen

¹ Wird ein bereits angeschlossenes Gebäude abgebrochen und an dessen Stelle ein Neubau errichtet, so werden die seinerzeit bezahlten einmaligen Abgaben angerechnet. Ein allfälliger Überschuss wird nicht zurückerstattet.

² Bei Um-, An-, Aus- und Erweiterungsbauten einer bereits angeschlossenen Baute wird die Anschlussgebühr für die erweiterte Fläche gemäss § 21 erhoben, unabhängig davon, ob durch die baulichen Veränderungen die Wasserversorgung mehr beansprucht wird.

§ 23

Zahlungspflicht

¹ Der Gemeinderat erlässt die Zahlungsverfügung mit der Baubewilligung. Nach erfolgter Schlusskontrolle der Baute werden allfällige Zusatz- bzw. Mindergebühren infolge Flächenbereinigung weiterbelastet bzw. zurückerstattet.

² Die Zahlungspflicht entsteht bei Neubauten mit dem Anschluss an die Wasserversorgung. Bei Um-, An- und Erweiterungsbauten entsteht die Zahlungspflicht mit dem Abschluss der Bauarbeiten. Ersatzbauten sind Neubauten gleichgestellt.

§ 24

Sicherstellung

Der Gemeinderat kann bei Erteilung der Anschlussbewilligung bzw. bei Erteilung der Baubewilligung Sicherstellung (Vorauszahlung, Sperrkonto, Bankgarantie) für die mutmassliche Anschlussgebühr, berechnet aufgrund der bewilligten Baupläne, verlangen. Die Sicherstellung ist vor Baubeginn zu leisten.

§ 25

Erhebung

Nach Eintritt der Zahlungspflicht sind die Anschlussgebühren innert 30 Tagen zur Zahlung fällig.

4.3 Benützungsgebühr (Wasserzins)

§ 26

Grundsatz

¹ Soweit die Kosten für die Erstellung, Änderung und Erneuerung nicht durch Erschliessungsbeiträge und Anschlussgebühren gedeckt werden sowie für den Betrieb, sind Benützungsgebühren zu entrichten.

² Der Gemeinderat kann Vorauszahlung bis zur Höhe der mutmasslichen Jahresgesamtgebühren verlangen.

§ 27

Bemessung

Der Wasserzins besteht aus der Grundgebühr und der Verbrauchsgebühr. Die Erhebung erfolgt mindestens einmal jährlich.

§ 28

Grundgebühr

¹ Die jährlich zu entrichtenden Grundgebühren können dem Anhang 2 (Gebührentarif Wasserversorgung) entnommen werden. Die Mietgebühr des Wasserzählers ist darin eingeschlossen.

² Die Grundgebühr ist auch geschuldet, wenn kein Wasserbezug erfolgt. Auf diese Gebühr wird verzichtet, wenn die Zuleitung abgebrochen und der Wasserzähler demontiert ist. Die Kosten für die entsprechenden Arbeiten gehen zu Lasten des Grundeigentümers.

§ 29

Verbrauchsgebühr

Die Verbrauchsgebühr entspricht dem vom Wasserzähler ermittelten Wasserbezug. Sie kann dem Anhang 2 (Gebührentarif Wasserversorgung) entnommen werden. Die Ablesung erfolgt mindestens einmal jährlich.

§ 30

Sonderfälle

¹ Für Bauwasser und andere vorübergehende Zwecke wird ein Pauschalbetrag erhoben und kann dem Anhang 2 (Gebührentarif Wasserversorgung) entnommen werden.

² Sofern der Wasserverbrauch in besonderen Fällen gemessen wird (Festwirtschaften, Schaustellbuden usw.), werden Grundgebühr und Verbrauch gemäss § 28 und § 29 hievor berechnet.

§ 31

Beitrag an Hydranten

Für Unterhalt und Wartung der Hydrantenanlage leistet die Einwohnergemeinde an die Wasserversorgung einen jährlichen Beitrag. Dieser entspricht mindestens dem Ansatz der kantonalen Minimaverordnung.

§ 32

Zahlungspflicht

Die Zahlungspflicht entsteht mit der Rechnungsstellung.

§ 33

Erhebung

Nach Eintritt der Zahlungspflicht sind die Benützungsgebühren innert 30 Tagen zur Zahlung fällig.

5 ABWASSERBESEITIGUNG

5.1 Erschliessungsbeiträge

§ 34

Kostenanteil

¹ Die Grundeigentümer leisten nach Massgabe der ihnen erwachsenden wirtschaftlichen Sondervorteile Beiträge an die Kosten der Erstellung und Änderung von Anlagen der Abwasserbeseitigung.

² Die Verteilung der Kosten kann aus dem Anhang 3 (Kostenanteil von Anlagen der Abwasserbeseitigung) entnommen werden.

5.2 Anschlussgebühr

§ 35

Bemessung

¹ Für den Anschluss an die öffentlichen Abwasseranlagen erhebt die Gemeinde eine Anschlussgebühr, welche dem Anhang 3 (Gebührentarif Abwasserbeseitigung) entnommen werden kann:

- pro m² anrechenbare Bruttogeschossfläche bzw. Betriebsbruttofläche;
- pro m² Dachfläche (Horizontalprojektion der berechneten Fläche);
- pro m² in die Kanalisation entwässerte Hartbelagsfläche.

² Die anrechenbare Bruttogeschossfläche wird nach den Bestimmungen des § 9 der allgemeinen Verordnung zum Baugesetz (A-BauV) für die Berechnung der Ausnutzungsziffer ermittelt. Die anrechenbare Betriebsbruttofläche ist die Summe aller im Gebäudeinnern liegenden Arbeits-, Lager- und Verkehrsflächen einschliesslich aller Nebenräume unter Einschluss der Mauer- und Wandquerschnitte.

³ Für gewerbliche und industrielle Lagerflächen ohne oder mit unbedeutendem Abwasseranfall wird die Anschlussgebühr angemessen reduziert (siehe Anhang 3).

⁴ Für Bauten mit gemischter Nutzung (z.B. Wohnen / Gewerbe oder Wohnen / Landwirtschaft) sind die Flächen der Nutzungsarten auszuscheiden, wobei die für die jeweilige Nutzungsart geltende Gebühr zu entrichten ist.

⁵ Die Anschlussgebühr für Schwimmbäder kann dem Anhang 3 (Gebührentarif Abwasserbeseitigung) entnommen werden.

⁶ Die Anschlussgebühr für die Dachflächen wird reduziert, wenn das Dachwasser direkt abgeleitet oder versickert, resp. in einen Vorfluter oder eine Sauberwasserleitung eingeleitet wird.

⁷ Bei ausserordentlich grossem oder geringem Abwasseranfall ist der Gemeinderat berechtigt, die Abgaben nach den besonderen Verhältnissen festzusetzen. Er kann sich durch einen neutralen Fachmann beraten lassen.

§ 36

Ersatz- und Umbauten, Zweckänderungen

¹ Wird ein bereits angeschlossenes Gebäude abgebrochen und an dessen Stelle ein Neubau errichtet, so werden die seinerzeit bezahlten einmaligen Abgaben angerechnet. Ein allfälliger Überschuss wird nicht zurückerstattet.

² Bei Um-, An-, Aus- und Erweiterungsbauten wird die Anschlussgebühr für die erweiterte Fläche gemäss § 35 erhoben.

³ Bei Zweckänderungen angeschlossener Gebäude, die eine wesentliche Mehrbelastung der Abwasseranlagen verursachen, wird die Anschlussgebühr neu festgesetzt. Zahlungen früherer Anschlussgebühren werden angerechnet. Ein Überschuss wird nicht zurückerstattet.

§ 37

Zahlungspflicht

¹ Der Gemeinderat erlässt die Zahlungsverfügung mit der Baubewilligung. Nach erfolgter Schlusskontrolle der Baute werden allfällige Zusatz- bzw. Mindergebühren infolge Flächenbereinigung weiterbelastet bzw. zurückerstattet.

² Die Zahlungspflicht entsteht bei Neubauten mit dem Anschluss an die öffentlichen Entwässerungsanlagen. Bei Um-, An- und Erweiterungsbauten entsteht die Zahlungspflicht mit dem Abschluss der Bauarbeiten. Ersatzbauten sind Neubauten gleichgestellt.

§ 38

Sicherstellung

Der Gemeinderat kann bei Erteilung der Anschlussbewilligung bzw. bei Erteilung der Baubewilligung Sicherstellung (Vorauszahlung, Sperrkonto, Bankgarantie) für die mutmassliche Anschlussgebühr, berechnet aufgrund der bewilligten Baupläne, verlangen. Die Sicherstellung ist vor Baubeginn zu leisten.

§ 39

Erhebung

Nach Eintritt der Zahlungspflicht sind die Anschlussgebühren innerhalb 30 Tagen zur Zahlung fällig.

5.3 Benützungsgebühr

§ 40

Grundsatz

¹ Soweit die Kosten für die Erstellung, Änderung und Erneuerung nicht durch Erschliessungsbeiträge und Anschlussgebühren gedeckt werden sowie für den Betrieb, sind Benützungsgebühren zu entrichten.

² Der Gemeinderat kann Vorauszahlung bis zur Höhe der mutmasslichen Jahresgesamtgebühren verlangen.

§ 41

Bemessung

Die Benützungsgebühr für die Abwasseranlagen besteht aus der Grundgebühr und der Verbrauchsgebühr. Die Erhebung erfolgt mindestens einmal jährlich.

§ 42

Grundgebühr

¹ Die jährlich zu entrichtenden Grundgebühren können dem Anhang 3 (Gebührentarif Abwasserbeseitigung) entnommen werden.

² Die Grundgebühr ist auch geschuldet, wenn die Kanalisation nicht belastet wird. Auf diese Gebühr wird verzichtet, wenn die Zuleitung abgebrochen und der Wasserzähler demontiert ist. Die Kosten für die entsprechenden Arbeiten gehen zu Lasten des Grundeigentümers.

§ 43

Verbrauchsgebühr

¹ Die Verbrauchsgebühr für die Abwasseranlagen richtet sich nach dem Frischwasserverbrauch. Sie kann dem Anhang 3 (Gebührentarif Abwasserbeseitigung) entnommen werden.

² Die Verbrauchsgebühr kann durch den Gemeinderat ermässigt werden, wenn nachgewiesenermassen und erlaubterweise Frischwasser nach dem Gebrauch nicht der Kanalisation zugeleitet wird (Landwirtschaftsbetriebe, Gärtnereien, Produktionsbetriebe, Kühlwasser usw.).

³ Die Verbrauchsgebühr wird erhöht oder ist als Pauschale zu entrichten bei Liegenschaften, welche das Frischwasser nicht oder nur teilweise von der Gemeinde Gipf-Oberfrick beziehen (eigene Wasserversorgung, Regenwassernutzung usw.).

³ Bei besonders grosser Verschmutzung und stossweiser Belastung der Abwässer erhebt der Gemeinderat einen angemessenen Zuschlag; er kann sich von einem unabhängigen Fachmann beraten lassen.

§ 44

Zahlungspflicht

Die Zahlungspflicht entsteht mit der Rechnungsstellung.

§ 45

Erhebung

Nach Eintritt der Zahlun

gspflicht sind die Benützungsgebühren innert 30 Tagen zur Zahlung fällig.

6 RECHTSSCHUTZ UND VOLLZUG

§ 46

*Rechtsschutz,
Vollstreckung*

¹ Gegen Beitragspläne kann während der Auflagefrist, gegen andere Abgabenverfügungen innert 20 Tagen seit Zustellung, beim Gemeinderat Einsprache erhoben werden. Einspracheentscheide können mit Beschwerde bei der Schätzungskommission, deren Entscheide beim Verwaltungsgericht angefochten werden (§ 35 Abs. 2 des Gesetzes über Raumplanung, Umweltschutz und Bauwesen BauG).

² Die Vollstreckung richtet sich nach den §§ 73 ff. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes (VRPG).

7 SCHLUSS- UND ÜBERGANGSBESTIMMUNGEN

§ 47

Inkrafttreten

¹ Das Reglement tritt nach Zustimmung durch die Gemeindeversammlung und nach Rechtskraft dieses Beschlusses auf den 1. Oktober 2005 in Kraft.

² Auf diesen Zeitpunkt sind die §§ 24 - 30 des Wasserreglements sowie der zugehörige Anhang vom 4. Dezember 1992, die §§ 30 - 49 des Abwasserreglements vom 4. Dezember 1992 sowie die zugehörigen Tarife und das Erschliessungsreglement vom 26. November 1982 ausser Kraft gesetzt.

³ Die Benützungsgebühren gemäss Anhang zu diesem Reglement werden ab 1. Oktober 2005 erhoben.

Übergangsbestimmungen

§ 48

¹ Die Gebühren und Beiträge, deren Zahlungspflicht unter dem früheren Reglement eingetreten ist, werden durch das neue Reglement nicht berührt.

² Die im Zeitpunkt des Inkrafttretens hängigen Gesuche werden nach den Vorschriften dieses Reglements beurteilt.

Von der Gemeindeversammlung beschlossen am 3. Juni 2005.

IM NAMEN DER GEMEINDEVERSAMMLUNG

Der Gemeindeammann

sig. Andreas Schmid

Der Gemeindeschreiber

sig. Urs Treier

ANHANG 1

FINANZIERUNG VON STRASSEN- UND WEGANLAGEN

*Basiserschliessung
Kostenanteil (§ 19)*

Kantonsstrassen

- Verbindungsstrasse (VS)

Erstellung / Änderung / Erneuerung
Anteil Grundeigentümer 0 %

*Groberschliessung
Kostenanteil (§ 19)*

Gemeindestrassen

- Quartiersammelstrasse (QSS)

Erstellung / Änderung
Anteil Grundeigentümer 40 - 60 %

(Kostenanteil je nach Sammelfunktion
und öffentlichem Interesse)

Erneuerung
Anteil Grundeigentümer 0 %

*Feinerschliessung
Kostenanteil (§ 19)*

Gemeindestrassen / Privatstrassen im Gemeingebrauch

- Quartierserschliessungsstrasse (QES)

Erstellung / Änderung
Anteil Grundeigentümer 100 %

(Ausnahmen sofern Mischfunktion
gemäss § 12 besteht)

Erneuerung
Anteil Grundeigentümer 0 %

- Fusswege

Erstellung / Änderung / Erneuerung
Anteil Grundeigentümer 0 %

ANHANG 2

FINANZIERUNG VON ANLAGEN DER WASSERVERSORGUNG

Erschliessungsbeiträge

*Grob-,
Feinerschliessung;
Kostenanteil (§ 20)*

Die Grundeigentümer tragen die Kosten der Feinerschliessung in der Regel vollumfänglich, jene der Groberschliessung höchstens zu 60 %.

Anschlussgebühren

*Anschlussgebühr;
Bemessung (§ 21)*

- | | |
|---|--------------|
| a) Wohnbauten
pro m ² anrechenbare Bruttogeschossfläche | Fr. 65.00 * |
| b) übrige Bauten (Industrie, Gewerbe, Dienstleistungsbetriebe, Ökonomiegebäude)
pro m ² anrechenbare Betriebsbruttofläche
(Reduktion Lagerfläche 50 %) | Fr. 45.00 ** |
| c) Schwimmbäder pro m ³ Nettoinhalt | Fr. 30.00 |

* Erhöhung von Fr. 15.00 auf Fr. 50.00 gemäss GV-Beschluss vom 26. November 2010, gültig ab 1. Januar 2011
Erhöhung von Fr. 50.00 auf Fr. 65.00 gemäss GV-Beschluss vom 28. November 2014, gültig ab 1. Januar 2015

** Erhöhung von Fr. 12.00 auf Fr. 35.00 gemäss GV-Beschluss vom 26. November 2010, gültig ab 1. Januar 2011
Erhöhung von Fr. 35.00 auf Fr. 45.00 gemäss GV-Beschluss vom 28. November 2014, gültig ab 1. Januar 2015

Benützungsgebühren

Benützungsgebühr;
Grundgebühr (§ 28)

Pro m³ Zählergrösse

- Zählergrösse	¾"	5 m ³	Fr.	98.00
- Zählergrösse	1"	7 m ³	Fr.	137.00
- Zählergrösse	1 ¼"	10 m ³	Fr.	195.00
- Zählergrösse	1 ½"	20 m ³	Fr.	390.00
- Zählergrösse	2"	30 m ³	Fr.	586.00

Benützungsgebühr;
Verbrauchsgebühr
(§ 29)

Die Verbrauchsgebühr beträgt pro m³ Fr. 2.00 *

Benützungsgebühr;
Sonderfälle (§ 30)

a) Bauwasser pro Wohnung pauschal	Fr.	150.00
b) übrige Sonderfälle (sofern der Wasserverbrauch nicht gemessen wird)	von Fr.	200.00
	bis Fr.	1'000.00

Benützungsgebühr;
Beitrag an Hydranten (§ 31)

Der jährliche Beitrag beträgt
pro Hydrant gemäss § 31

- * Erhöhung von Fr. 0.95 auf Fr. 1.60 gemäss GV-Beschluss vom 24. November 2006, gültig ab 1. Oktober 2006
Erhöhung von Fr. 1.60 auf Fr. 2.00 gemäss GV-Beschluss vom 28. November 2014, gültig ab 1. Oktober 2014

ANHANG 3

FINANZIERUNG VON ANLAGEN DER ABWASSERBESEITIGUNG

Erschliessungsbeiträge

*Grob-,
Feinerschliessung;
Kostenanteil (§ 34)*

Die Grundeigentümer tragen die Kosten der Feinerschliessung in der Regel vollumfänglich, jene der Groberschliessung höchstens zu 60 %.

*Sanierungsleitungen
Kostenanteil (§ 34)*

Die Kosten der Sanierungsleitungen (Schmutzwasserleitungen ausserhalb Baugebiet, vgl. § 12 Abwasserreglement) sind in der Regel von den Verursachern zu tragen. Bei mehreren Zahlungspflichtigen erfolgt die Kostenverlegung nach Massgabe aller Geschossflächen - einschliesslich der Mauer- und Wandquerschnitte - innerhalb des Gebäudekubus. Soweit der Beitrag des Einzelnen die Aufwendungen für eine mechanisch-biologische Einzelkläranlage übersteigt, gehen die Mehrkosten zu Lasten des Rechnungskreises Abwasser. Die Anschlussgebühr kann bis zu 30 % ermässigt werden.

Anschlussgebühren

Anschlussgebühr:
Bemessung (§ 35)

a) Pro m² anrechenbare Bruttogeschossfläche bzw. Betriebsbruttofläche

Fr. / m²

- | | | |
|---|---------|--|
| - Wohnbauten pro m ² anrechenbare Bruttogeschossfläche | 10.00 * | |
| - Übrige Bauten (Gewerbe, Industrie, Dienstleistungsbetriebe, Ökonomiegebäude usw.) pro m ² anrechenbare Betriebsbruttofläche (Reduktion Lagerfläche 50 %) | 10.00 * | * gemäss GV-Beschluss vom 26.11.2010 Senkung von 35.00/30.00 auf Fr. 10.00 |

Entwässerungsart von Dach- und Platzwasser

	Einleitung in die Kanalisation	Einleitung in Bach, Drainage, Sauberwasserableitung oder öffentliche Versickerungsanlage	Versickerung oder oberflächliches Vertaufenlassen auf dem eigenen Grundstück
	Fr. / m ² (resp. m ³)	Fr. / m ² (resp. m ³)	Fr. / m ² (resp. m ³)
b) Pro m ² der gesamten Gebäudegrundfläche (horizontal gemessen)	25.00	15.00	10.00
c) Pro m ² der entwässerten Harflächen	25.00	nicht zulässig	10.00
d) Pro m ³ Nettoinhalt bei Schwimmbäder	25.00	nicht zulässig	10.00

Benützungsgebühren

Benützungsggebühr,
Grundgebühr (§ 42)

Entwässerungsart von Dach- und Platzwasser

	Einleitung in die Kanalisation	Einleitung in Bach, Drainage, Sauberwasserleitung oder öffentliche Versickerungsanlage	Versickerung oder oberflächliches Verlaufenlassen auf dem eigenen Grundstück
	Fr. pro m ²	Fr. pro m ²	Fr. pro m ²
a) Pro m ² der gesamten Gebäudegrundfläche (horizontal gemessen)	0.65 *	0.35 *	0.15 *
b) Pro m ² der entwässerten Hartflächen			
bis 1'000 m ²	Staffelrabatt: Fr. 0.65 *	nicht zulässig	0.15 *
1'001 - 2'000 m ²	Fr. 0.45 *		
ab 2'000 m ²	Fr. 0.20 *		

c) Regenwassernutzungsanlagen

(Toiletenspülung, Waschmaschine usw.) Pauschal / Jahr / Wohnung Fr. 50.00

Benützungsggebühr,
Verbrauchsggebühr (§ 43)

d) Der Preis pro m³ Wasserbezug beträgt Fr. 0.65 *

* Gemäss GV-Beschluss vom 24. November 2006 gültig ab 1. Oktober 2006